

# Hausarzt-Initiative: Zunftschutz oder Schutz der medizinischen Grundversorgung?

Standespolitischer Round Table an der KHM-Tagung in Luzern

Beides ist umstritten, die Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» und der Gegenentwurf des Bundesrats. Der standespolitische Round Table an der KHM-Fortbildungs-

Schätzungsweise die Hälfte der heute praktizierenden Hausärztinnen und Hausärzte werden in den kommenden fünf Jahren in Pension gehen. Bleibt der Nachwuchs weiter aus, wird in zehn Jahren nur noch ein Viertel der

versorgung sicherstellt. «Der wesentliche Unterschied zum Gegenentwurf ist, dass sich im Initiativtext die Hausärzte in den Vordergrund stellen, während für uns die Hausarztmedizin im Vordergrund steht», sagte BAG-Direktor Pascal Strupler. Das Grundanliegen, nämlich die Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung, sei im Gegenentwurf sehr ähnlich formuliert, lediglich die Mittel seien andere. «Wir müssen die Gesundheitspolitik breiter anlegen und können nicht ausschliesslich bei den Hausärzten ansetzen», so Strupler. Man kreierte viele Probleme, wenn man in der Bundesverfassung eine bestimmte Berufsgruppe dermassen in Schutz nehme, denn bei der nächsten Schwierigkeit werde es Nachzügler geben.

«In den letzten Jahren hat es viele gute Worte gegeben, aber keine Taten.»

tagung in Luzern machte deutlich, wo sich die Geister von Initianten, Politikvertretern und unabhängigen Experten scheiden.

heutigen Hausärzte in der medizinischen Grundversorgung tätig sein. Um dem zunehmenden Hausärztemangel und den damit verbundenen Problemen in der medizinischen Grundversorgung entgegenzuwirken, wurde am 1. Oktober 2009 die Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» lanciert. Der Bundesrat konterte mit einem direkten Gegenentwurf. Nun geht es um eine Einigung – diese scheint aber so schnell nicht in Sicht.

«Eine Grundversorgung nach dem Muster des BAG löst keines unserer Probleme», konterte Marc Müller, Präsident des Berufsverbands Hausärzte Schweiz. Hausärzte als wesentlicher Bestandteil sei viel zu wenig konkret. Er erläuterte, dass es den Initianten in keiner Weise um einen Zunftschutz ginge. Ziel der Initiative sei es, dem Hausarzt eine Steuerungsfunktion im

## Hausarzt als Steuermann oder als Teil eines Netzwerks

Einer der brisantesten Punkte in der Diskussion um die Volksinitiative und den Gegenentwurf ist die Forderung



Pascal Strupler, Direktor BAG

«Die Freiheit, die man uns hier empfiehlt, befindet sich nur auf der Risikoseite.»



Dr. med. Marc Müller, Präsident KHM und Hausärzte Schweiz

der Initianten, die Hausarztmedizin in der Bundesverfassung zu verankern. Der Bundesratsentwurf anerkennt die Hausarztmedizin zwar als wesentliches Element der medizinischen Grundversorgung, beabsichtigt jedoch, die Hausärzte zusammen mit anderen Berufsgruppen, beispielsweise dem Pflegefachpersonal, in ein Netzwerk zu integrieren, das die medizinische Grund-

Gesundheitswesen zu sichern. «Sie können auf der ganzen Welt sehen: Dort wo es eine starke Hausarztmedizin gibt, sind die Gesundheitssysteme besser und kostengünstiger», sagte Müller. Franziska Zogg, Vizepräsidentin der SGAM unterstützte diese Aussage: «Die Initiative will keine einzelnen Personen schützen, sondern die Berufsgruppe der gut ausgebildeten Hausärzte. Das be-



Dr. med. Franziska Zogg, Vizepräsidentin SGAM

## Unternehmer oder Staatsangestellte

Ob die Volksinitiative der richtige Weg ist, um die Hausarztmedizin zu erhalten, wurde in Luzern freilich kontrovers diskutiert. «In den letzten Jahren hat es viele gute Worte gegeben, aber keine Taten», begründete Franziska Zogg das Vorgehen. Die konkrete Formulierung sei nötig gewesen, damit

nungen todsicher nicht ihre Interessen widerspiegeln werden», sagte Beck. Anschliessend forderte er die Hausärzte auf, andere, freiheitliche Wege zu suchen, um ihren Berufsstand zu stärken. Der Berner Gesundheitsökonom Heinz Locher bezeichnete die Initiative als unglücklichen Weg, den Gegenvorschlag als Verschlimmbesserung: «Als ich von

**«Eine staatliche Regulation der Hausarztmedizin wird todsicher nicht ihre Interessen widerspiegeln.»**



Dr. rer. pol. Heinz Locher, Gesundheitsökonom

etwas unternommen werden muss, falls die Initiative angenommen werde. «Da wir keine Gesetzesvorschläge machen können, ist uns keine andere Möglichkeit geblieben als die Initiative», sagte Marc Müller.

Wenig Verständnis für dieses Vorgehen zeigte dagegen Konstantin Beck, Leiter des CSS-Instituts Luzern: «Wenn ich die Geschichte der Hausärzte anschau, verstehe ich nicht, warum sie diesen Weg gehen.» Beck nannte das Beispiel Tarmed, dessen Ziel, eine bessere Vergütung der Hausarztmedizin – vermutlich aufgrund des besseren Lobbyings von Vertretern der Spezialärzte –, nicht erreicht worden sei. Mit der Initiative gingen die Hausärzte nun den zweiten Schritt in Richtung Unterstützung durch den Staat, obwohl sie eben dieser Staat beim Tarmed hängen gelassen hatte. Und nun wunderten sie sich, dass bereits der Gegenvorschlag nicht mehr genau das aufnimmt, was sie gerne hätten. «Ich sehe überhaupt keinen Grund für eine staatliche Regulation der Hausarztmedizin, weil ich überzeugt bin, dass die daraus resultierenden Verord-

der Initiative gelesen habe, dachte ich, jetzt haben die auch noch ihre Selbstachtung als freie Unternehmer verloren.» Das sei wie Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

Marc Müller relativierte die tatsächliche Freiheit des Unternehmertums für Hausärzte. Er zitierte zwei Möglichkeiten aus einer Publikation über Reformen im Gesundheitswesen: Entweder kämpfen die Ärzte für den Status quo ante und riskieren dabei die Verstaatlichung, oder sie treten als freie Unternehmer auf und bewähren sich in einem Markt, der eine Nachfrage nach ihren Fähigkeiten aufweist. Aber: «Das Problem ist, dass wir einen völlig verzerrten Markt haben, wenn man das Gesundheitssystem überhaupt als Markt bezeichnen kann. Es gibt eine massive Regulation auf der einen Seite und die Freiheit, die man uns hier empfiehlt, befindet sich nur auf der Risikoseite.» ❖



Prof. Dr. Konstantin Beck, Leiter CSS-Institut Luzern

deutet, sie will die Hausarztmedizin, so wie wir sie heute haben, in der Schweiz erhalten.»

## Regina Scharf

Standespolitischer Round Table, KHM-Tagung Luzern, 17. Juni 2011; Fotos: Healthworld (Schweiz) AG